

Presseinformation



Landtagsfraktion Schleswig-Holstein

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Telefon: 0431 / 988 - 1503

Fax: 0431 / 988 - 1501

Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de
www.sh.gruene-fraktion.de

Nr. 500.09 / 17.11.2009

Grüne unterstützen Bildungsproteste und sorgen für Debatte in Parlament!

Die Grüne Landtagsfraktion Schleswig-Holstein unterstützt SchülerInnen, Studierende und allen anderen BildungsaktivistInnen bei ihren Demonstrationen gegen die Missstände im Bildungswesen. Der hochschulpolitische Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Landesvorsitzende der Grünen Jugend Schleswig-Holstein, **Rasmus Andresen** wird wie auch in den vergangenen Jahren auf der Demonstration vor dem Landeshaus sprechen. Dazu sagt er:

Dass in der ersten Sitzungswoche des neu gewählten Schleswig-Holsteinischen Landtags viele SchülerInnen, Studierende, Lehrende und Auszubildende für eine bessere Bildungspolitik auf die Straße gehen, ist gut und richtig. Die durch die Bildungspolitik der letzten Jahre entstandene Enttäuschung ist enorm: Immer mehr Stress durch Prüfungen und Schulzeitverkürzungen, weniger Wahlfreiheit und keine Mitbestimmung. SchülerInnen und Studierende wurden in den letzten Jahren nicht an der Bildungspolitik beteiligt. Wir Grüne wollen dies ändern.

Deswegen stellen wir einen Landtagsantrag mit der Forderung, dass vor Ort an den Hochschul- und Schulstandorten sowie bei der Gesetzgebung auf Landesebene SchülerInnen und Studierende verpflichtend beteiligt werden.

Wer wie Bildungsminister Ekkehard Klug von Autonomie spricht, muss auch die Schulen demokratisieren. Die FDP hat nun die Chance durch die Zustimmung zu unserem Antrag zu zeigen, dass es ihnen ernst ist mit der Demokratie an den Schulen.

Wissenschaftsminister Jost de Jager hat dagegen schon in den letzten Jahren als zuständiger Staatssekretär bewiesen, dass ihm die Meinung von WirtschaftsvertreterInnen zur Hochschulpolitik wichtiger ist als die von Studierenden und Lehrenden. Hochschulpolitik wurde der Verwertbarkeitslogik unterstellt. Es ging nicht um eine kritische Lehre und Forschung in demokratischen und autonomen Hochschulen, sondern um die Ausrichtung der Hochschulen nach den Wünschen der Wirtschaft.

Wir begrüßen das demokratische Engagement vieler Studierender und SchülerInnen. Anstatt ihnen Steine in den Weg zu legen, sollten CDU und FDP endlich anfangen, die Meinung der jungen Bildungsexperten als wichtige Ressource zu begreifen.
